

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **06.03.2023** im Familienzentrum "An den Hecken", Weimarer Bogen 2, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-JuF/008

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:10 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:08 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 19:17 Uhr

ANWESENHEIT:

Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied/Mitglieder

Baumgarten, Claudia
Birgin, Gurbet
Degro, Johanna
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate

Grundmandatar/e

Nijenhof, Rüdiger
Wendt, Jörgen

Beratende/s Mitglied/er

Borrmann, Anja
Dedden, Alexander
Gebbe, Norbert, Dr.
Gohla, Horst
Kugel, Michael
Lehrke-Ringelmann, Doris
Niemann, Jens
Paul, Annika
Pracht, Klaus, Dr.
Ruhkopf, Susanne
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero
Wieker, Ursula

Verwaltung

Beil, Kathrin
Böhm, Katrin
Ehmcke-Schaaf, Cindy
Holewa-Schultz, Birgit
Klages, Antje
Mikoleit, Heidi
Müller, Sarah
Paetzl, Kami
Pollehn, Armin
Szramka, Monika

Gäste:

Margot Krein
Natalie König

Leitung Familienzentrum Süd
stellvertretende Leitung

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Begehung des Familienzentrums "An den Hecken"
3. Aussprache über die Begehung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 16.01.2023
5. Bericht aus der Jugendverwaltung: Vorstellung der Sachgebiete "Vormundschaften/Pflegschaften" und "Wirtschaftliche Jugendhilfe"
6. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6.1. Regionales integratives Konzept für die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf
Vorlage: M 2023 0435
- 6.2. Auszahlung eines Zuschusses zum Ausgleich für Mehraufwendungen für Energie und Lebensmittel an die Kindertagespflegepersonen
Vorlage: M 2023 0446
- 6.3. Projektmanagement: Berichte Hochbauprojekte per 4. Quartal 2022
Vorlage: M 2023 0395
7. Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0436
8. Spiel- und Bewegungskonzept Innenstadt
Vorlage: BV 2023 0439
9. Beitritt zur Kinderschutzvereinbarung innerhalb der Region Hannover nach § 72 a SGB VIII
Vorlage: BV 2023 0433
10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
11. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter*innen der Verwaltung und Herrn Freimann als Stadtkitaelternbeiratsvorsitzenden.

Entschuldigt hat sich Herr Winnen.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Frau Gersemann bittet darum, TOP 7 vorzuziehen und als neuen TOP 5 zu behandeln.

Herr Kugel bittet um Ergänzung eines nichtöffentlichen Teils.

Der Ausschuss zeigt sein Einverständnis.

2. Begehung des Familienzentrums "An den Hecken"

./.

3. Aussprache über die Begehung

Frau Krein hebt hervor, dass sie sehr früh bei der Planung des Familienzentrums umfassend mit eingebunden worden sei und so eine aktive Mitgestaltung bei den Räumlichkeiten und der Ausstattung habe erleben können. Sie habe ihr Herzblut in diese Einrichtung stecken können und sei dafür sehr dankbar.

Äußerst problematisch sei, dass die Prüfung der Anerkennung des Integrations-Status (I-Status) von Kindern bei der Region Hannover sehr schwerfällig laufe. Teilweise dauere die Anerkennung über ein Jahr. Es sei für die Planung der Gruppen mehr als ungünstig, wenn diese Anerkennung so viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Es gäbe Kinder in Krippengruppen, bei denen eindeutig Förderbedarf gegeben sei und die entsprechenden Anträge liefen bereits seit vielen Monaten. Ungünstig sei auch, dass die Anerkennung des I-Status bei Kindergarten-Kindern so lange laufe, dass sie zwischenzeitlich eingeschult würden. Somit verzögere sich die dringend notwendige Förderung fortlaufend. Die betreffenden Kinder hätten von der Förderung schon lange profitieren können. Dies sei ein unhaltbarer Zustand.

Frau Holewa-Schultz, Vormüandin bei der Stadt Burgdorf, berichtet von Mündeln, für die sie ebenfalls den I-Status bei der Region Hannover beantragt habe. Eine Verzögerung von 1 Jahr sei nicht ungewöhnlich, zumal die

Sachbearbeiter*innen ständig wechselten und neu eingearbeitet werden müssten. Der derzeitige Zustand sei nicht tragbar.

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 16.01.2023

Herr Nijenhof bittet um Richtigstellung seiner Aussage zu TOP 6.1 „Stellungnahme zum Forderungspapier der Berufsvereinigung Kindertagespflege e.V. und der Regionalgruppe Altkreis Burgdorf“ (Seite 7 oben). Er habe hier keine Kritik an der Verwaltung vornehmen wollen. Mit „Augenwischerei“ habe er gemeint, dass der Bund nur Abschlüsse für den Monat Dezember 2022 übernommen habe. Hilfreicher wäre es gewesen, wenn ein Durchschnitt des Jahresverbrauchs zu Grunde gelegt worden wäre.

5. Bericht aus der Jugendverwaltung: Vorstellung der Sachgebiete "Vormundschaften/Pflegschaften" und "Wirtschaftliche Jugendhilfe"

Frau Gersemann berichtet von der Bitte an die Verwaltung, die Arbeit der einzelnen Teams vorzustellen. Dies habe nicht den Hintergrund einer Prüfung, sondern diene dem gegenseitigen besseren Kennenlernen und des Verständnisses für die Aufgabenerledigung.

Frau Szramka stellt die Sachgebiete ihrer Abteilung vor. Diese gliedern sich in die Teams „Unterhaltsvorschuss“, „Beistandschaften“, „Vormundschaften/Pflegschaften“ und „Wirtschaftliche Jugendhilfe“. Von den beiden letzteren Teams stellen die Kolleginnen ihre Arbeit dem Ausschuss heute vor. Die beiden anderen Teams werden ihre Arbeit in der nächsten Sitzung präsentieren.

Frau Holewa-Schultz und **Frau Klages** berichten anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist, eindrucksvoll von ihrer Arbeit als Vormündinnen.

Herr Nijenhof fällt auf, dass laut Statistik in der jüngsten Vergangenheit die männlichen Mündel überwiegen, während von 2018 bis 2021 deutlich mehr Mädchen als Jungen aufgeführt seien. Er fragt, ob dies überwiegend an unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) liege.

Frau Holewa-Schultz verneint dies. In den Jahren 2015/16 der großen Flüchtlingswelle könne dies durchaus ein Grund für eine überwiegend männliche Anzahl von Mündeln gewesen sein. Aktuell habe die Statistik hiermit nichts zu tun. Es sei lediglich ein unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Vormundschaft.

Frau Meinig bittet darum, zum Ende des Jahres hinsichtlich der Altersstruktur der Mündel zu berichten. Dies wird zugesichert.

Herr Nijenhof möchte wissen, ob die Pandemie und die damit verbundene Belastung in den Familien zu einer mittelfristigen Auswirkung auf die Anzahl der Mündel in Vormundschaft/Pflegschaft geführt habe. Er fragt außerdem an, ob der Ausschuss hier unterstützend tätig werden könne.

Antwort über Protokoll:

Es ist kein Zusammenhang zwischen der Pandemie, den damit verbundenen Lockdowns und dem Anstieg der Fallzahlen zu erkennen. Da eine Inobhutnahme regelmäßig erst nach erfolglosen anderen Hilfen erfolgt, kommt es mitunter erst nach mehreren Jahren zu einer Amtsvormundschaft / Pflugschaft aufgrund eines Sorgerechtsentzugs durch das Familiengericht. Insofern bleibt abzuwarten, ob Auswirkungen in den kommenden Jahren erkennbar werden.

Anschließend stellen **Frau Müller** und **Frau Paetzel** vom Team „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ mittels einer Präsentation, die dem Protokoll ebenfalls beigelegt ist (Anlage 2), ihre Arbeit sehr facettenreich vor.

Herr Dedden fragt an, mit welchen Kosten für einen Heimplatz im Vergleich zu einer Betreuung in einer Pflegefamilie zu rechnen sei.

Frau Müller gibt an, dass die Kosten für einen Heimplatz je nach Ausgestaltung der Hilfe zwischen 4.000 und 11.000 € monatlich lägen, wohingegen die Unterbringung in einer Pflegefamilie mit monatlich zwischen 1.000 und 2.300 € je nach Hilfeart zu Buche schlage.

Frau Gersemann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig und bedeutsam es für Burgdorf sei, ein eigenes Jugendamt zu haben. Die Wege vor Ort seien kurz und es sei von großem Wert, erfahrene Fachleute zu beschäftigen. Beeindruckend sei das hochwertige Netzwerk, das im Laufe der Jahre aufgebaut worden sei. Es gelte, dies zu erhalten und zu pflegen.

Die Aufgabe der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sei es, ein finanzielles Auskommen in Würde für die Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Durchsetzung von Kostenbeiträgen sei selten angenehm, aber die kontinuierliche Bearbeitung sei von Erfolg gekrönt und entlaste den Haushalt enorm.

Frau Gersemann bedankt sich herzlich bei den Präsentierenden für die Vorstellung ihrer so wichtigen Arbeit.

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) **Herr Gohla** berichtet von etlichen Krankheitsfällen in seinem Bereich, was viel zusätzliche Arbeit für die Kolleg*innen bedeutet habe.

b) Das Projekt „Startklar in die Zukunft“ sei angelaufen und erste Konzepte könnten aufgrund der nun fließenden Mittel umgesetzt werden.

c) Die Jugendpflege sei inzwischen mittels Honorarkräften in jeder Schule Burgdorfs vertreten und habe sich in allen Klassen ab Jahrgang 5 einmal vorgestellt.

d) Der Literaturwettbewerb sei erfolgreich im Burgdorfer Gymnasium gestartet. In der RBG stehe die Anfangsveranstaltung noch aus.

e) Auf der Homepage der Jugendpflege fordere eine Umfrage zum Thema Freizeitgestaltung und Nutzung des JohnnyB. zum Mitmachen auf.

f) Die Jugendbeteiligung sei mithilfe der Schülervvertretungen am Gymnasium und an der RBG gestartet.

g) Im April stehe im 5. Jahrgang eine Projektwoche an der RBG an. Derzeit laufe eine Schülerbefragung nach deren Wünschen für diese Woche.

h) Das Kinderfest im Juni sei terminiert auf Sonntag, den 11.06.2023 von 13 bis 17.30 Uhr.

i) Die Aktionen zum Weltkindertag am 20.09.2023 seien derzeit in Planung.

j) Im November finden die Klima-Projektstage statt. Die Jugendlichen seien eingebunden in die Planungen der Projekte.

k) Im Rahmen der „Kinderfreundlichen Kommune“ werde derzeit sondiert, was angeboten werden könne. Ein Aktionsplan solle aufgestellt werden, um das entsprechende Siegel zu erhalten.

l) **Herr Nijenhof** fragt an, ob für das Haus der Jugend Ehlershausen Fußballtore aufgestellt werden könnten.

Herr Gohla berichtet, dass mit den Jugendlichen vor Ort abgestimmt worden sei, keine festen Tore anzuschaffen. Die flexiblen großen Tore seien bereits vorhanden und würden gut angenommen.

Die geplanten Aktionen der Jugendpflege sind mittels einer kleinen Präsentation dem Protokoll in der Anlage 3 beigelegt.

m) **Frau Ehmcke-Schaaf** führt aus, dass die Abstimmung mit den freien Trägern der Kindertagesstätten folgende Sommerschließzeit für das kommende Jahr ergeben habe: 22.07. bis 02.08.2024. Der Termin wurde in der Stadtkitaalternbeiratssitzung am 02.03.2023 bereits genannt.

n) Es gebe derzeit lediglich 2 vakante Stellen im Bereich „Kita“.

o) Bei der Erstellung der Bedarfsplanung für die Kitas (für die nächsten 6 Jahre) befinde man sich derzeit in der finalen Phase. Der Entwurf liege der Verwaltungsleitung vor und werde demnächst besprochen.

p) Zum Verhandlungsstand bezüglich der Kita „Aue-Süd“ sei man nun zu dem Entschluss gekommen, ein anderes Grundstück in Anspruch zu nehmen. Der Vorteil dieses Grundstücks sei die bessere Lage. Es sei zudem etwas größer, so dass man ebenerdig bauen könne und großzügige Gruppenräume ermöglichen könne, die auch für I-Gruppen geeignet seien. Jede der 5 Gruppen führe zu einem Innenhof, so dass die Räume von der Helligkeit profitierten. Die Abstimmung mit dem DRK sei bereits erfolgt. Derzeit laufe die Verhandlung wegen des Mietvertrages.

Frau Gersemann erkundigt sich, ob der Fertigstellungstermin Ende 2023 gehalten werden könne.

Frau Ehmcke-Schaaf berichtet, dass die aktuellen Planungen von einer Fertigstellung in 2024 ausgingen.

q) Die Aufnahmeverfahren für das Kita-Jahr 2023/24 seien angelaufen. Ab der 11. Kalenderwoche 2023 werden die entsprechenden Aufnahmebescheide an die Eltern versandt. Um eine transparente Kommunikation zu gewährleisten, erfolgten Zwischenmitteilungen zum jeweiligen Stand, sofern noch keine Bewilligung oder Ablehnung erfolge.

Herr Nijenhof möchte wissen, in welchem Ausmaß eine Platzvergabe aufgrund sozialer Prioritäten erfolge.

Frau Ehmcke-Schaaf führt aus, dass im Kita-Jahr 2022/23 insgesamt 287 Kinder im Bereich Krippe, Kindergarten und Hort aufgenommen worden seien. Hiervon seien 5 Kinder vom Jugendamt vorgeschlagen und 3 Pflegekinder untergebracht worden. Es handele sich somit um ca. 3 % der gesamten aufgenommenen Kinder.

r) Mit der AWO hätten Gespräche hinsichtlich der Umwandlung einer der Krippengruppen in eine Integrationsgruppe stattgefunden. In einer Krippengruppe seien nun regulär 15 Kinder, während in der I-Gruppe derzeit 10 Kinder aufgenommen worden seien. Sobald der I-Status von der Region Hannover festgestellt worden sei, greife die Krippen-Integrationsgruppe. Sofern zu Beginn des neuen Kitajahres 2023/24 die Voraussetzungen für die Umwandlung der I-Gruppe nicht vorliegen würden, werde die Gruppe weiter regulär mit 15 Kindern geplant.

s) Im Jahr 2018 habe es laut Beschluss dieses Ausschusses eine Arbeitsgruppe zum Thema „Qualität“ gegeben. Diese habe zuletzt Anfang 2021 getagt und sei coronabedingt dann nicht fortgeführt worden. Es sei ihr Wunsch, diese wiederaufleben zu lassen. **Frau Ehmcke-Schaaf** bittet Interessierte an der AG Qualität, sich bei ihr per Mail unter c.ehmcke@burgdorf.de zu melden.

Herr Nijenhof freut sich über den positiven Bericht der Verwaltung. Es sei herausragend, dass es derzeit nur noch 2 vakante Stellen gebe. Dieser Umstand wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen. Er bedankt sich für die gute Arbeit.

Die Politik unterstütze die Bildung von weiteren Integrationsgruppen eindeutig. Die Platzvergabe aufgrund sozialer Prioritäten könne so fortgeführt werden.

Frau Gersemann schließt sich dem an und bittet, hinsichtlich der Problematik der schwerfälligen Anerkennung des I-Status bei der Region Hannover in geeigneter Weise gegenzusteuern.

6.1. Regionales integratives Konzept für die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten und Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf **Vorlage: M 2023 0435**

Frau Mikoleit stellt das dem Ausschuss vorliegende Konzept vor.

Herr Nijenhof fragt nach, ob ehemalige Schüler*innen der Prinzhornschule den Hort der Kita „Gartenstraße“ besuchen würden.

Frau Mikoleit erläutert, dass Schüler*innen aus Ilten, der Wedemark etc. nach Schulende mit dem Bus zum Hort „Gartenstraße“ gebracht würden, da die Eltern berufstätig seien.

Frau Paul berichtet vom Pilotprojekt einer Integrationsgruppe in der Kita Südsterne. Das Konzept sei bereits erarbeitet worden. Von 100 Kita-Kindern sei bei 31 Kindern ein erhöhter Förderbedarf festgestellt worden. Dies verlange

den Mitarbeiter*innen viel ab. Das neue Konzept, das die Gruppe „Kunterbunt“ ersetze, laufe vielversprechend an.

**6.2. Auszahlung eines Zuschusses zum Ausgleich für Mehraufwendungen für Energie und Lebensmittel an die Kindertagespflegepersonen
Vorlage: M 2023 0446**

Herr Nijenhof erläutert, dass die vom Rat der Stadt Burgdorf bereitgestellte Summe von 16.000 € als Energiepauschale für die Kindertagespflegepersonen aufgrund der Zahlung durch das Land nicht mehr notwendig sei.

**6.3. Projektmanagement: Berichte Hochbauprojekte per 4. Quartal 2022
Vorlage: M 2023 0395**

./.

**7. Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0436**

Herr Nijenhof weist darauf hin, dass die von der Politik bereitgestellten Mittel in Höhe von 60.000 € nicht voll ausgeschöpft werden würden.

Frau Ehmcke-Schaaf führt aus, dass in Vorjahren tatsächlich 60.000 € in den Haushalt eingestellt worden wären. Es seien jedoch nur Mittel in Höhe von 51.000 € bereitgestellt worden. Erfahrungsgemäß wurden allerdings nicht sämtliche Mittel abgerufen. In 2022 seien von den freien Trägern insgesamt 18.000 € abgerufen worden. Wenn diese höhere Mittel benötigten, könnten entsprechende Mittel beantragt werden.

Frau Gersemann betont, dass es der Politik ein großes Anliegen sei, Mittel in Höhe von 60.000 € zur Qualitätsentwicklung und –sicherung für die Kitas in Burgdorf zur Verfügung zu stellen. Dies sollte mit den Einrichtungen kommuniziert werden. Sie wünsche sich eine faire Abwicklung der Verteilung und das Ausschöpfen der Gelder in voller Höhe.

Frau Meinig berichtet, dass die Förderung durch die Stadt Burgdorf bekanntgemacht worden sei. Hier seien die einzelnen Einrichtungen gefordert, sich entsprechende Projekte zu überlegen, diese darzulegen und die Mittel zu beantragen. Der damit verbundene Aufwand sei überschaubar.

Frau Gersemann bittet darum, regelmäßig darzulegen, welche Projekte durchgeführt und welche Kosten entstanden seien. Sie bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie beschließt die Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2023 0436 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.

8. Spiel- und Bewegungskonzept Innenstadt
Vorlage: BV 2023 0439

Frau Meinig zeigt sich begeistert von dem Spiel- und Bewegungskonzept für die Burgdorfer Innenstadt. Die Umsetzung werde die Aufenthaltsqualität erhöhen und junge Familien in die Stadt locken.

Herr von Oettingen spricht sich ebenfalls für das Konzept aus, erinnert aber daran, auch Spielgeräte für beeinträchtigte Menschen zu beschaffen. Es sollte auf jedem Spielplatz der Stadt mindestens 1 Spielgerät dieser Art geben und bestenfalls zusätzlich auf jedem Schulhof.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Das Spiel- und Bewegungskonzept soll in der dargestellten Form in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Die Maßnahmen sollen in die Städtebauförderung aufgenommen und die erforderlichen Haushaltsmittel in den entsprechenden Jahren angemeldet werden. Projekte mit größeren finanziellen oder räumlichen Auswirkungen werden vor Umsetzung gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

9. Beitritt zur Kinderschutzvereinbarung innerhalb der Region Hannover nach § 72 a SGB VIII
Vorlage: BV 2023 0433

Herr Niemann erläutert die Vereinbarung. Alle betroffenen Jugendhilfeausschüsse in der Region Hannover sollten diese Vereinbarung sehen und darüber entscheiden, so der ausdrückliche Wunsch der Arbeitsgruppe. Es solle das Zeichen gesetzt werden, dass man einem Strang ziehe und im Bestreben um einen umfassenden Kinderschutz nicht nachlasse.

Frau Beil ergänzt, dass die Vereinbarung komplett überarbeitet und hinsichtlich wichtiger Qualitätsmerkmale und Zuständigkeiten angepasst worden sei. Neu hinzugekommen sei die Einbeziehung der Kindertagespflegepersonen.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender

Beschluss

Der Ausschuss für Jugendhilfe und Familie beschließt, der Kinderschutzvereinbarung gem. § 72 a SGB VIII zum 01.07.2023 beizutreten.

10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

11. **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

a) **Herr von Oettingen** erkundigt sich nach der Entwicklung der Kosten und der Bezuschussung im Bereich „Unterhaltsvorschuss“.

Frau Szramka bittet noch um ein wenig Geduld. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie werde ihre Abteilung mit den Teams „Beistandschaften“ und „Unterhaltsvorschuss“ die Entwicklung dieses Bereichs vorstellen.

b) **Frau Wieker** greift das Thema der verspäteten Anerkennung des I-Status durch die Region Hannover auf. Sie erkundigt sich, wie in der Krippe des Familienzentrums sichergestellt werden könne, dass in der Krippenzeit eine Anerkennung des Status erfolge.

Frau Meinig bestätigt die Verzögerung durch die Region Hannover aufgrund der Dauer der Entscheidungsfindung. Die Kirche habe aus diesem Grund entschieden, die Krippengruppe erst Mitte Februar 2023 zu eröffnen. Die Betriebsgenehmigung für diese Krippengruppe sei zunächst auf eine Regel-Krippengruppe ausgelegt. Man halte die entsprechenden Plätze für I-Kinder jedoch frei und warte jeden Tag auf die Genehmigung. Sollte diese nicht erfolgen, müsse man den Beschwerdeweg beschreiten.

Frau Krein ergänzt, dass die Regelgruppe bewusst nicht komplett belegt worden sei. Sobald die Anerkennung des I-Status durch die Region Hannover erfolge, werde eine neue Betriebsgenehmigung beantragt.

c) **Herr Nijenhof** spricht abermals das Thema „Beschriftung der Schilder an den Spielplätzen“ an. Er bittet die Verwaltung darum, Aufkleber zu drucken, die darauf hinwiesen, dass es keine Mittagspausen mehr gebe. Er sei bereit, diese Aufkleber im gesamten Stadtgebiet unentgeltlich an jedem Spielplatz anzubringen.

Einwohnerfragestunde

./.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin